

# **DKP-Informationen**

**Nr. 4/2010 - 2. September 2010**

## **12. Parteivorstandstagung**

**28. August 2010  
Essen**

**Referat  
Beschlüsse**

---

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP  
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen  
- Eigendruck -  
Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

# **12. Tagung des Parteivorstands der DKP**

## **28./29. August 2010, Essen**

---

### **Inhalt**

1. Tagesordnung
  2. Referat: Zu den politischen Entwicklungen und zur weiteren Vorbereitung des 19. Parteitages  
Nina Hager, stellvertretende Vorsitzende der DKP
  3. Information zu Beschlüssen in Vorbereitung des 19. Parteitages
  4. Beschluss zu einem Brief von Delegierten ostdeutscher Landesverbände
  5. Anhang:  
Delegierte ostdeutscher Landesverbände
- 

### **Tagesordnung**

1. Begrüßung, Abstimmung über die Regularien
2. Referat; Zu den politischen Entwicklungen und zur weiteren Vorbereitung des 19. Parteitages
3. Diskussion zum Referat
4. Diskussion und Beschlussfassung zur Struktur des Referats des Parteivorstandes an den 19. Parteitag und zur Struktur des Tätigkeitsberichtes des Sekretariats an den 19. Parteitag
5. Diskussion und Beschlussfassung zu den Arbeitsgremien und Regularien des Parteitages
  - a) Antragskommission
  - b) Leitung des Parteitages
  - c) Mandatsprüfungskommission
  - d) Wahlkommission
6. Nachwahl für die Kandidat/innenliste des Parteivorstandes
7. Stellungnahme des Parteivorstandes
8. Beratung und Beschlussfassung eines Antrages der Internationalen Kommission für eine internationale Konferenz der DKP
9. Information zur UZ- und Verlagsentwicklung
10. Schlusswort

## **12. Tagung des Parteivorstands der DKP** **28./29. August 2010, Essen**

---

### **Zu den politischen Entwicklungen und zur weiteren Vorbereitung des 19. Parteitages**

**Nina Hager, stellvertretende Vorsitzende der DKP**

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf dieser Parteivorstandstagung wollen wir den Aktionstag der DKP am 10. September, unsere Beteiligungen an den Protestaktionen im Herbst sowie unseren Parteitag, der in einer Zeit hoffentlich zunehmender außerparlamentarischer Bewegung stattfinden wird, weiter vorbereiten.

Auf dem Parteitag werden wir natürlich über die aktuelle gesellschaftliche Situation, über mögliche Entwicklungen sowie über unterschiedliche Bewertungen der Krise diskutieren. Wir werden Schlussfolgerungen ziehen und Orientierungen beschließen, auch unsere eigenen Kräfte einschätzen und über Schwerpunkte unserer Arbeit beraten. Schwerpunkte kommunistischer Politik sind unbestritten die betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfe und die Auseinandersetzungen in den Kommunen. Allerdings lässt sich kommunistische Politik eben nicht nur auf betriebliche, gewerkschaftliche oder kommunale Erfordernisse beschränken.

Denn wenn die Kommunistinnen und Kommunisten vor Ort wie bundesweit antreten, geht es immer „um das ganze Leben“, also auch um Demokratie, Frieden und Antimilitarismus, Antifaschismus und Antirassismus, Gleichberechtigung und Gleichstellung, gegen Diskriminierung und es geht um internationale Solidarität – oder auch „nur“ um den Erhalt eines Freibads oder um die Einrichtung eines Fußgängerüberwegs usw.

Deshalb müssen wir auf dem 19. Parteitag eben auf dieses „ganze Leben“ orientieren Denn es geht ja um die grundlegende Veränderung der Gesellschaft. In allen Bereichen.

Wie wichtig die Aktionen vor Ort, wie vielfältig die daraus erwachsenden Herausforderungen für Kommunistinnen und Kommunisten sind, aber auch der Umstand, dass solche Aktionen weiter führen können, Lehr- und Lernstunden für Tausende sind, zeigen derzeit besonders jene, die sich gegen das Projekt „Stuttgart 21“ richten.

30 000 Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Bevölkerung, viele Parteilose, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Mitglieder unterschiedlicher Parteien und Organisationen demonstrierten am Freitag vor einer Woche gemeinsam gegen die Irreführung der Parlamente durch die Projektbefürworter, gegen die Missachtung des Willens der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, gegen Verschlechterungen in öffentlichen Nahverkehr und im Güterverkehr, gegen die Verschleuderung von Milliarden, die in den Sozialkassen und in den Kommunen fehlen.

Viele verstehen sich mittlerweile offenbar nicht mehr nur als Park- oder , - bzw. Bahnhofsschützer sondern auch als Demokratieschützer.

Wir haben alle auch verfolgt, wie die Proteste diffamiert werden, wie zunehmend staatliche Gewalt gegen die Demonstrierenden eingesetzt wird.

Und trotzdem wächst der Widerstand. Am gestrigen Abend waren trotz strömenden Regens in Stuttgart 40 000 auf der Straße.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir werden auf unserem Parteitag auch diese aktuellen Erfahrungen einschätzen müssen. Es wird aber vor allem darum gehen, was wir als Mitglieder der DKP - sowohl bundesweit wie auch vor Ort - gemeinsam mit Bündnispartnern in den Gewerkschaften, in Bewegungen, in linken Organisationen und Parteien wie der Partei „Die Linke“ tun müssen, damit jetzt der Widerstand stärker wird, sich Gegenmacht entwickelt, es einen „heißen Herbst“ gibt, der endlich einmal auch seine unmittelbare Fortsetzung und Zuspitzung im Winter, im Frühjahr und auch danach findet.

Wir werden auf dem Parteitag selbstverständlich unsere Alternativen zur gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung diskutieren. Und wir werden natürlich auch anhand der konkreten

gesellschaftlichen Entwicklungen aufzeigen, warum wir konsequent für ein andere Gesellschaft, für Sozialismus, eintreten.

Dabei folgen wir bei der Analyse der gegenwärtigen Bewegungen und der Ursachen für die noch fehlende breite Gegenwehr im Land der Erkenntnis, dass Veränderungen, ein Politikwechsel zu sozialem und demokratischem Fortschritt, nur möglich sind, wenn sich Massenbewegungen entwickeln und sich Allianzen bzw. breite Bündnisse bilden.

Bereits im September – vor unserem Parteitag - gibt es eine ganze Reihe von Aktivitäten der Gewerkschaften wie am 29. September die des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Dazu wird im Inland offenbar noch ungenügend mobilisiert. Wir sollten als DKP vor allem im Saarland, in NRW, überall dort, wo Busse fahren sollen, zur Mobilisierung beitragen und ansonsten die Aktionen der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen vor Ort unterstützen.

Ich habe aber auch schon von Genossinnen und Genossen gehört: Der 29. September ist ein Mittwoch, der EGB will wohl, dass nur wenige kommen. Für diesen Tag wurde jedoch in Spanien und Griechenland zum Generalstreik aufgerufen. Europaweit wird es sicher viele weitere Aktionen geben.

Viel zu oft werden auch bei uns im Lande nur die eigenen Belange gesehen, viel zu selten wird die Notwendigkeit beachtet, dass die Kämpfe auf örtlicher, regionaler und nationaler Ebene europaweit und darüber hinaus miteinander vernetzt werden müssen, um tatsächlich internationale Solidarität und breite Gegenmacht entwickeln zu können.

Der „Hauptfeind“ - das Großkapital und vor allem die transnationalen Konzerne sowie ihre politischen Vertreter - steht eben nicht nur im eigenen Land!

Auch die Kommunistinnen und Kommunisten sind da oft noch nicht auf der Höhe der Aufgaben.

Am 29. September wird es – wie beispielsweise attac auf der diesjährigen Sommerakademie ankündigte – zudem zahlreiche andere Aktionen geben.

Im September in den folgenden Monaten sind aber auch andere gesellschaftliche Bewegungen – hoffentlich mit Unterstützung der Gewerkschaften – aktiv:

- Nächster Höhepunkt der Friedensaktionen sind der 1. September und der Jahrestag des Massakers von Kunduz. Vielfältige Aktionen der Friedensbewegung gegen den Afghanistankrieg, gegen Kriegspolitik und Ausweitung der Bundeswehreinsätze werden stattfinden. Wir sollten diese Aktionen und auch die kommenden Wochen verstärkt nutzen, um weitere Unterschriften für den Appell der Friedensbewegung: „Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen“ zu sammeln.

Die Nachrichten aus Afghanistan sind beunruhigend. Die Zahl der zivilen Opfer steigt, ein Ende des Krieges ist nicht absehbar. Und die Bundeswehr ist an diesem Töten beteiligt. Wer das Ende des Sterbens in Afghanistan will, muss zuallererst den Krieg beenden. Der Bundesausschuss Friedensratschlag erklärt dazu aktuell: „Am ersten Jahrestag des Kunduz-Massakers fordert die Friedensbewegung von Bundesregierung und Bundestag, den Krieg in Afghanistan endlich zu beenden, die Kämpfe unverzüglich einzustellen und mit dem Abzug der Truppen sofort zu beginnen. Nur so haben Frieden und ziviler Wiederaufbau eine Chance.“

Die Lage im Nahen Osten ist nach wie vor äußerst angespannt, es kann – auch aufgrund der unerträglichen sozialen Situation im Gaza-Streifen - jederzeit zu einem neuen Konflikt kommen. Und die Drohgebärden der USA gegenüber dem Iran, die Situation auf der koreanischen Halbinsel usw. lassen die Befürchtungen steigen, dass neue Kriege bereits geplant sind und vorbereitet werden.

Die Friedensbewegung setzt sich aktuell auch mit den Plänen des Umbaus der Bundeswehr zu einer Berufsarmee auseinander.

- **Antifaschistinnen und Antifaschisten** werden sich Nazi-Aufmärschen entgegenstellen. So am kommenden Wochenende – am 4. September - in Dortmund. Und viele Mitglieder der DKP werden sich daran aktiv beteiligen.

„Lasst uns den Naziaufmarsch am 4. September verhindern. Die Zeit der Symbolik ist vorbei“, erklärte Bärbel Beuermann, Vorsitzende der Fraktion „Die Linke“ im Landtag von NRW, am vergangenen Samstag auf dem Wilhelmplatz in Dortmund-Dorstfeld. Dort hatten Politiker der Linkspartei und Aktivisten verschiedener Bündnisse, unter ihnen bekannte DKP-Mitglieder, vor den Wohnungen von Neofaschisten deutlich gemacht: „Den Nazis gehört weder dieser Stadtteil, noch diese Stadt.“

- Für den 11. September ist – mit Unterstützung von ver.di - in Berlin eine Demonstration „**Freiheit statt Angst - Stoppt den Überwachungswahn!**“ geplant. Ein breites Bündnis zahlreicher Gruppierungen und Vereine ruft dazu auf, erneut für mehr Bürgerrechte, Datenschutz und ein freies Internet auf die Straße zu gehen. Dabei ist man sich bewusst, dass die aufgedeckten Datenschutzskandale nur die Spitze des Eisbergs darstellen und die bereits realisierten Gesetze und die Pläne der Bundesregierung weit über ELENA und die Vorratsdatenspeicherung hinausgehen.
- Die **Anti-Atom-Bewegung** wird am 18. September in Berlin protestieren – und aktuellen Anlass dafür gibt es ja nun wahrlich genug.

All dies ist hierzulande möglicherweise Auftakt für einen „heißen Herbst“ gegen das „Sparpaket“ der schwarz-gelben Regierung, gegen die weitere Einschränkung von demokratischen Grundrechten sowie gegen die Kriegspolitik der Herrschenden.

Aber dieser heiße Herbst kommt nicht von allein – und die innergewerkschaftlichen wie bundesweiten Mobilisierungen verlaufen ganz offensichtlich sehr unterschiedlich.

Trotzdem müsste es vor allem gelingen, dass die Gewerkschaften tatsächlich den Widerstand in die Betriebe tragen und von dort wieder auf die Straßen, wie es der ver.di-Vorsitzende Bsirske am 12. Juni auf der Demonstration in Stuttgart forderte. Ohne Gewerkschaften, ohne breite betriebliche Mobilisierung und Aktionen wird der Widerstand nicht breiter werden und schon gar keine größere Wirkung erreichen.

Es muss auf dieser Basis zugleich gelingen, dass größere, nichtorganisierte Kreise der Bevölkerung ihren Unmut auch öffentlich zeigen. Überall, wo unsere Genossinnen und Genossen in Betrieben und Gewerkschaften, in örtlichen Bündnissen aktiv sind, sollte die DKP zu den Aktionen mobilisieren bzw. die Mobilisierung tatkräftig unterstützen oder Aktionen mit initiieren.

Eine Ausweitung der Proteste wird aber zugleich nur möglich sein, wenn die bereits Handelnden nicht gegeneinander agieren, sondern die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellen. Trotz aller Unterschiedlichkeiten und notwendigen Kritik - auch am DGB und den Einzelgewerkschaften. Die unterschiedlichen linken, antikapitalistischen, sozialistischen und kommunistischen Kräfte haben dabei eine besondere Verantwortung. Die DKP wird ihre wahrnehmen und alles unternehmen, die Kräfte zusammenzuführen.

Nur so können Massenbewegungen entstehen und letztlich Veränderungen im Interesse der Mehrheit der Menschen im Land durchgesetzt werden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

das sind unsere Erfahrungen, die Erfahrungen der Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland. Und nur so wird nach unserer Überzeugung hierzulande auch der Weg zu grundlegenden Veränderungen der Gesellschaft geöffnet werden können. Das war die Überzeugung jener Genossinnen und Genossen, die 1968 die DKP neu konstituierten, das war Aussage des DKP-Programms von 1978 und daran halten wir auch in unserem 2006 beschlossenen neuen Parteiprogramm fest.

Die Kommunistische Partei in Deutschland hat aus bitteren Erfahrungen lernen und große Fehler überwinden müssen. Und die Kommunistinnen und Kommunisten haben zugleich erlebt, wie die Aktions- und Bündnispolitik der KPD und DKP andererseits nach Überwindung sektiererischer Fehler dazu beigetragen hat, Kräfte im antifaschistischen Widerstand, gegen Krieg und Aufrüstung, gegen Demokratieabbau und in vielen anderen Situationen bis hin ins bürgerliche Lager zusammenzuführen. Dabei haben die Kommunistinnen und Kommunisten in diesem Land auch in den Bündnissen niemals ihre Identität und ihre Ziele aufgegeben.

Ich möchte – auch im Zusammenhang mit der weiteren Vorbereitung unseres Parteitags – auf diese Erfahrungen verweisen, die sich in den heutigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bestätigen. Das müssen wir in der Partei weiter diskutieren, unsere eigenen Erfahrungen dringend, aber auch besser und umfassender, an die jüngeren Generationen weitergeben.

Ich verweise darauf aus aktuellen Anlässen. Wir haben in der Partei ja die Debatte über die Betriebsratswahlen und über das Verhältnis der DKP zu den Einheitsgewerkschaften. Es gibt bei uns Genos-

sinnen und Genossen, die unsere Bündnisarbeit kritisieren und meinen, die DKP würde durch die bisherigen Orientierungen in den Bündnissen „aufgehen“ und sich aufgeben.

Aber auch andere Positionen wirken in der DKP.

Wenn beispielsweise andere kommunistische Parteien wie die Genossinnen und Genossen der KKE die Entscheidung treffen, in ihrem Lande nicht mit Sozialdemokraten und Linksreformisten zusammenzuarbeiten dann werden sie dafür ihre Gründe haben. Und wenn sie auf eine Einladung zu einer Aktionskonferenz in NRW kürzlich unseren Genossinnen und Genossen antworteten, dass sie nicht an Bündnissen oder Veranstaltungen mit der Partei „Die Linke“ teilnehmen, weil ihres Erachtens „ein gemeinsames Auftreten mit Vertretern dieser Partei ... Verwirrungen über mögliche politische und ideologische Gemeinsamkeiten“ stifte, so ist das ihre Sichtweise auf die Situation in der Bundesrepublik.

Es ist nicht die unsere und wir halten sie für falsch, weil wir eine andere Geschichte und andere Erfahrungen haben, weil unsere Einschätzungen über die Partei „Die Linke“ zudem differenzierter sind und weil **wir** hier die Verantwortung für unsere kommunistische Politik tragen.

Wir fordern deshalb von allen Genossinnen und Genossen in der DKP, sich an die Erfahrungen und gültigen Beschlüsse der eigenen Partei zur Aktionseinheits- und Bündnispolitik, zur Haltung zu den Einheitsgewerkschaften sowie zur Partei „Die Linke“ zu halten. Auf der 1. Tagung des 18. Parteitagess haben die Delegierten mit großer Mehrheit einem Antrag „Aktiv für die Zusammenarbeit der Linken“ zugestimmt. Zur Zusammenarbeit mit der Partei „Die Linke“ gibt es in diesem Land - bei aller notwendigen Kritik und manch verständlichem Ärger - keine Alternative.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Parteivorstand der DKP setzt mit seinen Beschlüssen und durch seine Arbeit auf - aktives Eingreifen sowie die Mitwirkung unserer Mitglieder in der Vorbereitung und bei den Aktionen. Wir wollen auch mit unserem DKP-Aktionstag am 10. September zur Mobilisierung und zum einheitlichen Handeln beitragen. Und wir machen dabei natürlich auf den Zusammenhang zwischen Sozialkahltschlag, Demokratieabbau und Kriegspolitik aufmerksam.

Das neue UZ-Extra für die Aktionen wird in den kommenden Tagen versandt. Mehr als 55 000 Exemplare wie auch andere Materialien wurden bislang von Gliederungen der Partei bestellt. Allen, die intensiv gearbeitet haben um die UZ-Extra sowie die anderen Materialien rechtzeitig bereitzustellen, gilt unser großer Dank.

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere grundlegende Beurteilung in der „Politischen Resolution“ zur Krise und zur Formierung von Gegenwehr fand auf vielen Kreis- und Bezirkskonferenzen in Referaten und der Diskussion Zustimmung.

Im Augenblick tönen aber bundesdeutsche Wirtschaftsinstitute, Unternehmerverbänden und Regierungskreise: „Die Krise ist zu Ende, der Aufschwung ist da!“ „Die deutsche Wirtschaft ist wieder in Paritylaune“, erklärte gar Hans-Werner Sinn, Präsident des Ifo-Instituts.

Haben wir uns vielleicht doch geirrt?

Rundherum sieht es in EU-Europa allerdings anders aus als in der Bundesrepublik: Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 3,5 Prozent im 2. Quartal 2010, eine wachsende Zahl der Unternehmensinsolvenzen, zunehmend mehr Entlassungen und ein massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit bis zu 12,1 Prozent in diesem Jahr, Reallohnkürzungen und Einschnitte in das Rentensystem, Teuerungsraten von über 5 Prozent prägen beispielsweise die Situation in Griechenland. (vgl. „Berliner Zeitung“, 23.8.2010, S. 10)

Laut OECD soll die Arbeitslosigkeit in Griechenland im nächsten Jahr auf 14,3 Prozent steigen. In Spanien waren im zweiten Quartal 2010 4,65 Millionen Spanier arbeitslos - gut eine halbe Million mehr als ein Jahr zuvor.

Hierzulande wuchs dagegen die Wirtschaft im zweiten Quartal um 2,2 Prozent. Der Ifo-Geschäftsklimaindex stieg im Juli um ganze 4,4 Punkte auf 106,2 Punkte und erreichte damit eine Höhe, die zuletzt vor dem Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise gemessen wurde. Banken und Forschungsinstitute erhöhten prompt ihre Wirtschaftsprognosen für das Jahr 2010. Bis zu 3,5 Prozent könne das Bruttoinlandsprodukt wachsen.

Der Optimismus gründet sich auf derzeit noch volle Auftragsbücher der in Deutschland für den Export produzierenden Unternehmen. Der Kursverfall des Euro wirkte belebend für die Exportindustrie. Die „Financial Times Deutschland“ machte zudem am 4. August darauf aufmerksam, dass die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften „die Konkurrenzsituation deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten weiter gestärkt und zu einem fieberhaften Zwischenaufschwung geführt“ hat.

Also ist alles gut?

Geht also der für den Herbst geplante Protest ins Leere?

Nein. Das Gerede über das „Ende der Krise“ stimmt – wie wir alle wissen - nicht.

Ich kann hier nur einige wenige Fakten nennen und verweise unter anderem auf die Analysen in der UZ. Inzwischen werden weniger als ein Drittel der Umsätze im Inland erwirtschaftet. Ex- und Importe machen fast 77 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts aus. Die Bilanz fällt einseitig aus.

Die zunehmend schlechtere Zahlen in der Wirtschaft der USA, die vor allem auch durch Kriegsabenteuer massiv belastet wird, die dort wachsende Zahlen der Privatinsolvenzen und der Arbeitslosen, die Sorgen um die Staatsfinanzen auch im Euro-Raum usw. sind nur einige der Faktoren, die darauf hindeuten, dass wir hierzulande nur eine zeitweilige sogenannte Konjunkturdelle erleben. Die Exportunternehmen in Deutschland können nicht mehr auf den US-amerikanischen Verbraucher zählen. Selbst boomende Schwellenländer werden diese Lücke nicht füllen können.

Und was kommt danach?

Mittlerweile nehmen die Zweifel selbst im bürgerlichen Lager wieder zu, denn die Binnennachfrage schwächelt weiter, der private Konsum stagniert oder geht sogar zurück. Die Bauwirtschaft warnt derzeit vor einem Krisenjahr 2011 der Branche, weil die Bundesregierung mit dem „Sparpaket“ plant, die Städtebauförderung zu kürzen, was eine Verringerung des Investitionsvolumens um 2,5 Milliarden ausmachen würde.

Auch wird vor „dem Platzen“ neuer Finanzblasen gewarnt. Einige Analysten meinen gar, dass die weltweiten Krisenerscheinungen von 2008 bis 2010 erst Auftakt einer viel tieferen Krise waren, die natürlich auch die Bundesrepublik treffen werde, und deren Folgen noch überhaupt nicht abschätzbar wären.

Zudem werden bei derzeitigen „Euphorie“ der Unternehmerverbände, Wirtschaftsinstitute und der Regierung die Folgen für die abhängig Beschäftigten und die Arbeitslosen und die Rückwirkungen völlig ausgeblendet.

„Die Unternehmensgewinne steigen, weil viele Firmen die Krise genutzt haben, um Kosten zu senken und ihre Produktivität zu steigern“, erklärte John Carey, Fondsmanager von Pioneer, laut „Handelsblatt“ vom 16. August. Besonders gut schneiden im Vergleich der Branchen danach die sogenannten Zykliker ab, also die stark von der Konjunktur abhängigen Unternehmen wie die Autobauer sowie Technologieunternehmen wie Apple und Microsoft. Kostensenkungen und Produktivitätssteigerungen wurden in erster Linie auf Kosten der abhängig Beschäftigten durchgesetzt.

Bisherige geringe Lohnerhöhungen hat zudem die Inflation bereits „aufgefressen“. Die Unternehmerverbände fordern auch künftig mehr Bescheidenheit, wenden sich gegen höhere Tarifabschlüsse. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt erklärte jüngst dem Deutschlandfunk, die moderate Lohnpolitik der vergangenen Jahre sei der Grund für die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt gewesen. Hohe Lohnforderungen würden jetzt den Aufschwung gefährden.

Und gibt es – wie behauptet – überhaupt positive Entwicklungen am Arbeitsmarkt?

Gibt es gar ein „Jobwunder“, mit dem man derzeit die Forderung nach der Rente mit 70 begründen und die gesetzlichen Regelungen zur Rente mit 67 rechtfertigen kann?

Wie viele der über 55- oder 60-Jährigen haben aber tatsächlich noch einen Arbeitsplatz? Wie viele können aufgrund schwerster körperlicher Arbeit oder anderer wachsenden Belastungen in diesem Alter überhaupt noch arbeiten oder erhalten nach Umschulungen gar einen neuen Arbeitsplatz?

**Im verarbeitenden Gewerbe**, so das Statistische Bundesamt arbeiten derzeit – trotz voller Auftragsbücher - knapp 135 000 Menschen oder **2,7 Prozent weniger als vor einem Jahr**. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden aber wuchs um 6,4 Prozent auf 647 Millionen. Weniger Beschäftigte – Ausnahme ist allein der Nahrungs- und Futtermittelsektor – arbeiten also mehr.

Zudem wissen alle Verantwortlichen: Die Arbeitslosenzahlen werden geschönt, die Statistiken sind gefälscht. Ältere über 50, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, finden meist keinen neuen mehr. Sie sind nicht „gefragt“. Auch wenn sie gut qualifiziert sind und sich auch noch weiterbilden wollen.

Als beispielsweise zudem die ILO kürzlich ihre Untersuchung zur gestiegenen weltweiten **Jugendarbeitslosigkeit** vorstellte, wurde hierzulande sofort erklärt, Deutschland würde vergleichsweise gut dastehen. Nicht gezählt werden hier aber beispielsweise Jugendliche, die sich in Fördermaßnahmen befinden, die von der Bundesagentur für Arbeit bezahlt werden. Aktuell sind dies offiziell etwa 225 000.

Nur ist die Jugendarbeitslosigkeit jedoch hierzulande entsprechend offizieller Statistiken unter den 15- bis 24-Jährigen doppelt so hoch wie beim Rest der Bevölkerung.

Viele arbeiten nur geringe Stundenzahlen oder in befristeten Verträgen. Seit 2000 ist die Zahl sogenannter atypischer Beschäftigung unter den 15 bis 24-Jährigen um 40 Prozent gestiegen. Die Zahl der 15 bis 24-Jährigen, die einer solchen atypischen Beschäftigung nachgehen, kletterte von 2000 bis 2009 offiziell um 42 Prozent auf 676 000.

Und diejenigen, die aus der schon sprichwörtlich gewordenen „Generation Praktikum“ Arbeit haben, hangeln sich trotz guter Qualifikation oft von Job zu Job.

Atypische Beschäftigung heißt Teilzeit, Heimarbeit, Mini- oder Midijobs sowie Leiharbeit.

Die Nachrichtenagenturen melden zudem: „Der wirtschaftliche Aufschwung wird größtenteils mit Hilfskräften organisiert. **Zeitarbeit boomt.**“ Leiharbeiter, die in der Krise ihren Job verloren haben, verrichten nun häufig die gleiche Arbeit wie Festangestellte und erhalten dafür weit weniger Lohn. „Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass die Zeitarbeit ihre Kernfunktion erfüllt, nämlich die Betriebe in Aufschwungsphasen schnell mit qualifizierten Fachkräften zu versorgen“, erklärte Michael Wehran, Sprecher des Bundesverbands Zeitarbeit (BZA).

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Verleihbetriebe auf 23 400 nahezu verdoppelt. Rund die Hälfte hat dabei jedoch weniger als 20 Beschäftigte zu verleihen. Diese machen gewiss nicht das große Geschäft. Zeit- bzw. Leiharbeit ist aber ein Milliardengeschäft und boomt.

Ver.di hat schon seit längerem der Leiharbeit den Kampf angesagt. Die IG Metall hatte im Mai eine Kampagne gegen Leiharbeit begonnen. Sie verweist aktuell darauf, dass Unternehmen zunehmend Leiharbeitsfirmen gründen, Stamarbeitsplätze abbauen. Sie „stellen Leiharbeiter dafür wieder ein. Zu geringeren Löhnen und nicht tariflichen Standards.“

Das Beispiel von Schlecker ist nur eines, das öffentlich bekannt wurde und besondere Empörung hervorrief.

Der Abbau der Normalarbeitsverhältnisse, der Ausbau der Zeit- und Leiharbeit sowie von prekären Beschäftigungsverhältnissen hat in den letzten Monaten ganz offensichtlich eine neue Qualität erreicht.

Wenn wir im Antrag zur „Politischen Resolution des 19. Parteitages“ darauf aufmerksam machen, dass es sich bei dieser Krise möglicherweise um eine „Große oder Übergangskrise“ handeln könnte, habe wir in diesem Zusammenhang zugleich darauf verwiesen, „Dies aber würde bedeuten, dass grundlegendere Umbrüche in den gesellschaftlichen Verhältnissen – den Formen der Produktion, der Machtausübung des Kapitals, im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, im internationalen Kräfteverhältnis, usw. – vor sich gehen könnten.“

Möglicherweise erleben wir mit dem Abbau der Normalarbeitsverhältnisse, der neuen Qualität beim Ausbau der Zeit- und Leiharbeit sowie von prekären Beschäftigungsverhältnissen bereits einen solchen Umbruch – die Fragmentierung und Spaltung unter den abhängig Beschäftigten nimmt weiter zu.

Umso mehr wachsen die Herausforderungen, Solidarität zu organisieren, gleiche Rechte und Tarife wie für die Beschäftigten in Normalarbeitsverhältnissen zu erkämpfen und auch diesen Teil der Arbeiterklasse zum Widerstand zu mobilisieren. Dass dies möglich ist, zeigen Beispiele wie die von ver.di unterstützten Streiks der Gebäudereiniger Ende 2009.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Unter der Hand, aber auch offen wird der weitere Abbau von Grundrechten betrieben. Das Kapital setzt ganz eindeutig – hierzulande wie europaweit - auf restriktiveres Vorgehen und auf Spaltung der Bewegungen, um wirksame Massenproteste zu verhindern oder niederzuschlagen. Die Entwicklung

geht – wie wir auch im Antrag zur „Politischen Resolution des 19. Parteitages“ betonen - weiter nach rechts.

Im Juni drohte laut „Daily Mail“ EU-Kommissionspräsident Barroso auf einem Treffen mit Gewerkschaftsführern aus verschiedenen europäischen Ländern mit Errichtung von Militärdiktaturen in verschiedenen Ländern im Süden Europas, wenn die umfangreichen Proteste von Gewerkschaften gegen die Abwälzung der Lasten der Krise auf den „kleinen Mann“ in Ländern wie Griechenland, Italien, Spanien und Portugal anhalten. Er warnte davor, „dass diese Länder in ihrer demokratischen Gestaltung, wie wir sie derzeit kennen, verschwinden könnten“. So offen und erpresserisch wurde von führenden EU-Politikern eine Drohung selten ausgesprochen.

Mitte Juli trafen sich im brandenburgischen Lehnin Polizeieinheiten aus Europa zu einem weiteren gemeinsamen Training. Polizisten aus Bulgarien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Lettland, Litauen, den Niederlanden, Portugal, Rumänien, Spanien, Ukraine, Ungarn und ein Kontingent aus Deutschland (die Bundesbereitschaftspolizei) trainierten anlässlich eines fiktiven EU-Mandats verschiedene polizeiliche Situationen. Angaben der Bundespolizei zufolge wird bei den jährlich stattfindenden Übungen die Niederschlagung „bürgerkriegsähnlicher Zustände“ geübt. Im Juli wurde angeblich eine „fiktive Missionslage“ außerhalb der EU trainiert.

Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“ im Bundestag, Ulla Jelpke, äußerte Ende Juni in einer Presseerklärung die Sorge, dass sich das Training perspektivisch auch darauf beziehen könne, soziale Unruhen innerhalb der EU niederzuschlagen. Die Gesetzgebungen der Mitgliedsstaaten, so Jelpke, ließen den Einsatz ausländischer Spezialeinsatzkräfte, inklusive Gendarmerie, in anderen EU-Staaten jedenfalls zu, auch in Deutschland. Ich möchte hier daran erinnern, dass auch der Lissabon-Vertrag einen entsprechenden Passus enthält.

Der Rechtsentwicklung und dem Abbau von Grundrechten muss die Solidarität und das gemeinsame, international vernetzte Handeln der Betroffenen entgegengesetzt werden. Reaktionäre Entwicklungen können nur gemeinsam verhindert werden! Auch deshalb muss am Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 29. September durch die Demonstration in Brüssel und lokale Aktionen ein Zeichen gesetzt werden!

Ein Indiz dafür, dass die Gangart härter wird, ist auch der Fakt, dass die Debatte über einen möglichen Bundeswehreinsatz im Inneren weiter geht.

Der 1. Senat des Bundesverfassungsgerichtes hatte 2006 ein Gesetz für verfassungswidrig erklärt, das es ermöglicht hätte, entführte Flugzeuge samt Besatzung und Passagieren von der Bundeswehr abschießen zu lassen. Ohne Änderung des Grundgesetzes dürften – so die Richter - „keine militärischen Kampfmittel zum Einsatz kommen“.

Guttenbergs Vorgänger Franz Josef Jung verlangte im August 2009 das Grundgesetz zu ändern, um der Bundeswehr auch den Einsatz im Inneren zu ermöglichen - damit die Bundeswehr immer dann eingreifen könne, „wenn“, so Jung, „die Polizei nicht handeln kann, da sie beispielsweise gar nicht am Ort des Geschehens ist“.

Der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichtes billigte jetzt weitere Schritte zum Bundeswehreinsatz im Inneren. Noch ist unklar was daraus an weiteren Schritten folgt.

Dass dieser Umstand ausgerechnet zu einer Zeit bekannt wird, in der über Pläne zur Schaffung einer Berufsarmee und die Abschaffung der Wehrpflicht diskutiert wird um den Umbau der Bundeswehr zur modernen, mobilen, weltweit einsetzbaren Interventionsarmee aber auch als Truppe zur sogenannten Aufstandsbekämpfung zu vollenden, war sicher nicht beabsichtigt. Für eine solche Interventionsarmee braucht man immer weniger Wehrpflichtige. Gebraucht werden qualifizierte, hoch motivierte Berufssoldaten und zivile Spezialisten.

Für eine solche Truppe wird deshalb schon fleißig an Schulen, aber auch unter Arbeitslosen geworben. Gegen solche Werbeaktionen wenden sich unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte, die vor allem junge Leute über die tatsächlichen Ziele der Einsätze der Bundeswehr aufklären und Bundeswehrveranstaltungen stören. Ich meine, dass die SDAJ mit ihrer antimilitaristischen Kampagne in diesem Zusammenhang eine wichtige Arbeit leistet, die durch die neuen Entwicklungen nur an Gewicht gewinnt.

Ein weiteres Indiz für die Rechtsentwicklung ist, dass immer stärker – wie jüngst der bayerische Innenminister Joachim Herrmann bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes des Landes – hierzulande eine Gefahr des „Linksextremismus“ beschworen wird. Gegen linke Extremisten müsse härter vorgegangen werden. Der bayerische Innenminister griff in diesem Zusammenhang auch die Partei „Die Linke“ an. Er warf ihr vor, sich nicht ausreichend von Gewalttättern zu distanzieren.

Im niedersächsischen Landtag interessierte die CDU-Fraktion im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Nazi-Aufmarsch in Bad Nenndorf am 14. August vor allem, „wie die Landesregierung die Tatsache bewertet, dass sich der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) nicht von linksextremistischen Gruppen abgrenzt und autonome Gruppierungen in seinen Versammlungsreihen duldet.“

Der Skandal, dass wieder einmal Faschisten per Gerichtsbeschluss und unter dem Schutz der Polizei ermöglicht wurde zu demonstrieren, interessierte die Fraktion nicht.

Der Skandal, dass zudem erstmals eine antifaschistische Gegendemonstration verboten wurde, interessierte sie erst recht nicht.

In Dortmund soll sich der Skandal am 4. September offenbar in anderer Form wiederholen. Neofaschisten wurde der Aufmarsch in einem alten Arbeiterbezirk gestattet, in dem viele Migrantinnen und Migranten leben. Ihnen wurde – wie das Bündnis „Dortmund stellt sich quer“ und unsere im Bündnis aktiven Genossinnen und Genossen – berichtet, der Auftakt ausgerechnet auf dem Platz vor der Steinwache (Nordausgang Hauptbahnhof) genehmigt. Dies ist der Ort des früheren Gestapo-Gefängnisses. Schon im vergangenen Jahr wurden antifaschistische Protestaktionen massiv behindert, Antifaschisten wurden festgenommen und zu Geldstrafen verurteilt.

Wir protestieren gegen die Genehmigung des faschistischen Aufmarschs in Dortmund und gegen die massive Behinderung des antifaschistischen Protestes. Wir rufen unsere Mitglieder auf, sich am 4. September in Dortmund gemeinsam mit anderen Antifaschistinnen und Antifaschisten dem Naziaufmarsch entgegenzustellen!

Wir fordern das sofortige Verbot des faschistischen Aufmarsches!

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die parlamentarische Sommerpause ist zu Ende. Doch ohne Sommerpause – und bei anhaltendem internem Streit - setzte die schwarz-gelbe Koalition ihr sogenanntes „Sparpaket“ gegen die Mehrheit der abhängig Beschäftigten, gegen die Arbeitslosen, die Mehrheit der Rentnerinnen und Rentner wie die junge Generation durch.

Rigoros wird dieses „Sparpaket“ beim Sozialabbau verwirklicht: In der Rentenfrage, im Gesundheitswesen, bei den Leistungen für Hartz-IV-Empfänger. Mit der geplanten Einführung einer Chip-Karte für Harz-IV-Kinder geht die Entwürdigung der Betroffenen weiter: Die Eltern werden entmündigt, die Kinder erhalten Almosen. - Hier wird es - unabhängig von der letztlich Umsetzung - keinen „Deal“ der Regierung geben.

Der Widerstand gegen die Rente mit 67 bzw. gar 70 wird derzeit lauter und reicht bis in die SPD. Die Führung der SPD erhält auch in dieser Frage weiter Druck von Unten, aus den eigenen Reihen. Und das ist gut und wichtig und es eröffnet auch neue Möglichkeiten, mit kritischen sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Gewerkschaften oder mit kritischen Sozialdemokraten in Städten und Gemeinden zusammenzuarbeiten.

Noch erwächst daraus keine wirkliche Opposition zur Politik der Bundesregierung. Denn die derzeitige scheinbare Empörung einiger SPD-Vorständler über die Rente mit 67 kommt zu spät, zumal einige führende Mitglieder der Partei wie Steinmeier diese nach wie vor verteidigen. SPD-Chef Siegmund Gabriel, der in der Großen Koalition Umweltminister war, muss sich von Guido Westerwelle berechtigt vorwerfen lassen: „Gabriel weiß offenbar gar nicht mehr; für was er am Kabinetttisch alles die Finger gehoben hat.“ Nein, es erwächst keine wirkliche Opposition, denn die SPD-Führung hat sich – statt die Rente mit 67 eindeutig abzulehnen – mit der vorgeblichen Parteilinken auf einen faulen Kompromiss geeinigt. Das bisherige Resultat der Debatte zeigt: Es gibt – trotz massiver Forderungen aus Teilen der Gewerkschaft – keine eindeutige Absage an die Rentenpläne der Regierung.

Doch die Unternehmerverbände haben schon die Antwort gegeben: In den sozialen Fragen wird es mit ihnen keinen Deal geben. – Veränderungen im Interesse der Betroffenen müssen gegen sie und die Regierungskoalition hart erkämpft werden.

Wohl aber könnte es einen Deal der Regierungskoalition mit den Atomkonzernen Eon, EnBW, RWE und Vattenfall geben, denn die bestimmen ja hierzulande wesentlich mit, was bürgerliche Politiker dann umsetzen.

Diese Konzerne sollen laut „Handelsblatt“ der Bundesregierung für eine Verlängerung der Laufzeiten ihrer Meiler um zwölf Jahre 30 Milliarden Euro angeboten haben. Es gehe um einen „Energiewirtschaftsvertrag“, mit dem die Unternehmen die von der Regierung geplante Brennelementesteuer ver-

hindern wollen. Die Konzerne fürchten, dass die Steuer später – zum Beispiel nach einem Regierungswechsel – erheblich erhöht werden könnte.

Statt der Brennelementesteuer strebt die Atomwirtschaft deshalb laut „Handelsblatt“ eine Sonderzahlung an, um den Bund an Zusatzgewinnen aus einer möglichen Laufzeitverlängerung zu beteiligen. Das Geld könnte demnach in einen Energiewirtschaftsfonds fließen, „dessen Aufgabe in der Modernisierung der Energiewirtschaft und der Förderung technischen Fortschritts besteht“. Das Geld würde also wieder für Subventionen an die Energiekonzerne zur Verfügung stehen, die – ob nun die Brennelementesteuer kommt oder eine Sonderzahlung - die zusätzlichen Kosten so oder so auf die Verbraucher abschieben wollen. Gegen die Brennelementesteuer wandten sich die Chefs der Energiekonzerne am vergangenen Wochenende (am 21. August) in Großanzeigen in bürgerlichen Zeitungen unter dem Titel „Mut und Realismus für Deutschlands Energiezukunft“. Da unterschrieben neben Ackermann und Co. bekanntlich auch frühere SPD-Minister wie Clemens und Schily.

Im Kommentar der „Berliner Zeitung“ konnte man am gleichen Tag lesen: „Eine derart unverhohlene Erpressung von Leuten, die sich in der Wirtschafts- und Finanzkrise gerade Milliarden von Regierung und Steuerzahlern überweisen ließen, sprengt alles bisher Dagewesenes.“

Und weiter: „Geht es um die Menschenrechte? Ist Deutschland in Gefahr? Droht eine neue Weltwirtschaftskrise? Nein, es geht um die Brennelementesteuer. 2,3 Milliarden will die Regierung von den Stromkonzernen dafür, dass sie ihnen mit einer Verlängerung der Laufzeiten für die Kernkraftwerke ein Vielfaches an Gewinnen ermöglicht ...“

Die Herren betrachten diese Regierung offensichtlich als ihr Privateigentum und als Selbstbedienungsladen. ....

Sie wollen gar nicht reden, sie wollen nicht einmal verhandeln, sie wollen befehlen ... Sie wollen alles ... jetzt“ (Brigitte Fehle, „Revolution von oben“, Berliner Zeitung, 21./22. August 2010, S. 4).

Ja, genau das. Wir wundern uns darüber überhaupt nicht. So sind die tatsächlichen Machtverhältnisse in dieser Gesellschaft.

Und um das zu verändern, muss man Widerstand organisieren und die Atomkraftwerke tatsächlich abschalten. Das aber wird nur gehen, wenn die Energiekonzerne in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle überführt werden!

Liebe Genossinnen und Genossen,

eine Alternative zur herrschenden Politik kann nur über außerparlamentarische Massenbewegungen durchgesetzt werden, die Druck auch auf Parlamente ausüben, darauf haben wir immer wieder verwiesen.

Deshalb gehen wir in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten auf die Straße, deshalb werden wir nicht müde, in den Bewegungen für wirksame Aktionen und die Zusammenführung von Kräften zu streiten.

Wir sollten neben den bereits genannten Terminen vor allem die betrieblichen Aktionswochen von DGB, ver.di und IG Metall, die für den 25. September bis 13. Oktober geplant sind, aber auch die Banken-Blockadeaktionen am 18. Oktober in Frankfurt am Main sowie die für den 6. November geplante Großdemonstration im Wendland in unsere Aktionskalender aufnehmen

Auf unserem 19. Parteitag wird sich konkret zeigen, ob unsere Partei den aktuellen Herausforderungen tatsächlich gerecht wird, ob es gelingt politische Orientierungen zu geben oder ob sich ein innerparteilicher Richtungsstreit extrem zuspitzt. Letzteres wäre politisch fatal.

Die Delegierten des Parteitages werden vor der inhaltlich wie emotional nicht unkomplizierten Aufgabe stehen, ob sie sich – bei aller vielleicht notwendiger Kritik an der eigenen Arbeit und der der Parteiführung bzw. an den Thesen des Sekretariats - auf die konkreten politischen Aufgabe konzentrieren oder auf Meinungsverschiedenheiten, die doch nur in einem langwierigen notwendigen Diskussionsprozess überwunden werden können.

Aufgaben des Parteitages werden sein:

(1) die „Politikfähigkeit“ der Partei zu erhöhen. Das bedeutet vor allem

die eigenen Beschlüsse und Orientierungen auf der Basis des Parteiprogramms, der darin enthaltenen Einschätzungen und strategischen Zielstellungen sowie einer realistischen und wissenschaftlich fundierten Analyse der aktuellen Situation zu entwickeln.

Im Antrag zur „Politischen Resolution des 19. Parteitages“ heißt es: „Wir müssen theoretisch wie durch unsere praktisch politische Arbeit immer wieder die Frage beantworten wie die DKP eine aktivere und organisierende Rolle im Kampf gegen eine sozialreaktionäre Lösung der Krise spielen und zur Formierung breiter Gegenkräfte, von starken Allianzen gegen die herrschende Politik beitragen kann.“ D. h. wir brauchen auf dem Parteitag Debatten und Beschlüsse, die die Mitglieder der DKP darauf orientieren,

- aktiv zur Entwicklung einer Betriebs- und Gewerkschaftspolitik beitragen, die sich an den Interessen der Arbeiterklasse orientiert;
- ihre praktische und theoretische Mitarbeit in den fortschrittlichen gesellschaftlichen Bewegungen verstärken, vor allem in der globalisierungskritischen Bewegung, der Friedensbewegung, den antifaschistischen Initiativen;
- für die Vernetzung und Zusammenarbeit der Bewegungen, vor allem in Form der Sozialforen, einzusetzen;
- sich in der organisationenübergreifenden Vernetzung antikapitalistischer und marxistischer Kräfte wirksamer zu engagieren.

Diesen Zielen dienen die Anträge des Parteivorstandes zur „Politischen Resolution“ und zum aktionsorientierten Forderungsprogramm sowie viele der bereits vorliegenden Anträge aus Bezirken, Kreisen und Gruppen.

(2) Voraussetzung für unsere politische Wirksamkeit ist die Stärkung der DKP und UZ. Dazu müssen wir

unsere Meinungsverschiedenheiten offen, sachlich und respektvoll in einem längerfristigen politisch-inhaltlichen Diskussionsprozess klären;

unser solidarisches Miteinander gegen Tendenzen in der Gesellschaft zur Entsolidarisierung, Fraktionierung usw., die auch auf uns wirken, weiter entwickeln;

Mitglieder vor allem unter jenen werben, die in betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen, als Arbeiterjugendvertreter, in den Protesten der Schülerinnen und Schüler sowie der Studierenden oder in anderen gesellschaftlichen Bewegungen aktiv sind;

unsere Überlegungen zur Jugendarbeit zu intensivieren – wir brauchen einen Jugendratschlag der DKP, auf dem wir intensiv mit Gliederungen der DKP wie mit der SDAJ über die Aufgaben der Partei in diesem Bereich diskutieren.

die UZ im Kommunikationskonzept der DKP – als Wochenzeitung sichern und mit Internetauftritten wie anderen öffentlichen Auftritten stärker vernetzen – Dazu liegt der in der bisherigen Debatte und den Antragsdiskussionen in den Parteigliederungen noch zu wenig beachtete Antrag des Parteivorstandes „Die UZ im Kommunikationskonzept der DKP“ vor.

(3) Der Parteitag wird eine neue Leitung wählen, eine Leitung, die die beschlossene Politik umsetzt und sie weiterentwickelt, eine Leitung, deren Mitglieder auf der Grundlage des Parteiprogramms und anderer Beschlüsse arbeiten: Dazu haben wir schon vor Jahren entsprechende inhaltlich-politische Kriterien entwickelt. Heinz hat diese auf der letzten PV-Tagung noch einmal benannt.

Auf dieser Grundlage haben wir auf der Tagung auch die Vorschläge des Parteivorstandes für die neue Leitung beschlossen. Dabei haben wir auch darauf aufmerksam gemacht, dass uns noch nicht aus allen Parteigliederungen der neuen Bundesländern Vorschläge vorlagen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Parteitag wird aber auch das Verhältnis der DKP zu den Einheitsgewerkschaften und zu gewerkschaftlichen Listen zu Betriebsratswahlen klarstellen und eine weitere gründliche Diskussion anstoßen müssen. Dies zeigte sich in den letzten Monaten deutlich bei der Auseinandersetzung um die Unterstützung von „alternativen Listen“ bei Betriebsratswahlen, die wir seit einigen Wochen auch offen in der UZ führen.

In der Frage des Verhältnisses der DKP zu den Einheitsgewerkschaften, bei der Einschätzung der Situation in der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung, der Aufgaben einer kommunistischen Partei in nichtrevolutionären Zeiten, aber auch bei der Einschätzung der Gegenkräfte und der Rolle außerparlamentarischer Bewegungen, bei der Einschätzung der gegenwärtigen Entwicklungsetappe des - global vernetzten - internationalen monopolistischen Kapitalismus, der Krise usw. zeigt sich, dass wir in der

Partei nicht nur die politische Debatte brauchen. Auch historische Erfahrungen der Partei bzw. unserer Bewegungen sowie theoretische Grundlagen sind manchen Genossinnen und Genossen nicht bekannt.

Auf allen Ebenen muss deshalb nicht nur die inhaltliche Debatte, sondern vor allem die Parteibildung verstärkt werden. Die zentralen Bildungsthemen müssen dabei überall im Mittelpunkt der Bildungsarbeit stehen, weil wir damit für die gesamte Partei inhaltliche Schwerpunkte setzen.

Dabei ist es natürlich völlig in Ordnung, wenn unsere Bildungsarbeit nicht nur zudem durch das Fernstudium der Karl-Liebknecht-Schule der DKP, durch Seminare der KL-Schule, sondern zusätzlich vor Ort durch Zirkel zu Klassikertexten oder gar die Organisation von MASCH-Veranstaltungen bzw. die Mitarbeit in entsprechenden Gremien ein besseres Fundament erhält. Nicht in Ordnung ist, wenn in eigenen Gliederungen der DKP so getan wird als gäbe es keine zentrale Orientierung.

Schwerpunkt der Parteibildungsarbeit sind – weil die Partei insgesamt orientierend und zusammenführend – die zentralen Parteibildungsthemen. Wir müssen jedoch weitere an der Umsetzbarkeit der Themen arbeiten, denn vor allem im methodischen Bereich haben wir große Defizite.

Liebe Genossinnen und Genossen,

bislang sind einige Dutzend Anträge zu Dokumenten des Parteitages bzw. zu anderen Themen bei uns eingegangen. Dabei wird deutlich, dass nur durch relativ wenige Gliederungen der Partei unmittelbar an den Formulierungen der Hauptanträge gearbeitet wurde.

Es liegt ein Gegenantrag aus Berlin zur „Politischen Resolution“ und zum aktionsorientierten Forderungsprogramm vor.

Es gibt Anträge zur UZ und zum Kommunikationskonzept der DKP. Es gibt einen langen Antrag der BDK Rheinland-Westfalen zum „Bedingungslosen Grundeinkommen“, einen Antrag zur Frage der Einheitsgewerkschaften, Anträge zur Wahlpolitik der DKP, ein Antrag zur Konversion der Automobilindustrie, Anträge, die unsere Mitgliedschaft in der Europäischen Linkspartei mit Beobachterstatus betreffen, Anträge zum Statut, zur Finanz- und Beitragsordnung usw. usf.

Antragsschluss ist allerdings erst der Montag. Und ihr werdet sicher verstehen, dass ich hier über die eingegangenen Anträge nicht weiter im Einzelnen reden werde. Ihr werdet die Anträge als Delegierte des Parteitages bzw. Rechenschaftspflichtige termingerecht erhalten.

Die vorliegenden Anträge bieten in ihrer Mehrheit die Basis für eine Debatte auf dem Parteitag, die dem Anliegen gerecht werden kann, den heutigen politischen Aufgaben und Herausforderungen zu entsprechen und unsere Partei zu stärken.

Dass wir nicht mehr Anträge zur Politischen Resolution oder zum aktionsorientierten Forderungsprogramm erhalten haben, haben wir uns vielleicht selbst zuzuschreiben:

Meines Erachtens haben wir den Charakter und das unterschiedliche Ziel beider Dokumente nicht deutlich genug herausgearbeitet oder betont. Ich – und sicher auch andere hier im Raum - bin mehrfach damit konfrontiert worden, dass ich dies genauer erklären musste: Wer den Antrag des Parteivorstandes zur „Politischen Resolution“ aufmerksam zur Kenntnis nimmt, wird feststellen, dass er nicht „nach Innen gerichtet“ ist. Es sollte uns auf dem Parteitag gelingen, ihn weiter inhaltlich zu qualifizieren und zu aktualisieren. Wir sollten meines Erachtens dabei darauf achten, den Antrag nicht mit Innensichten und inneren Debatten zu belasten. Der propagandistische Charakter müsste verstärkt werden.

Wenn dies gelingt, könnten wir damit nicht nur unseren Mitgliedern in ihrer Arbeit vor Ort, in Betrieben und Gewerkschaften, in Kommunen, in Bündnissen oder für eigene Veranstaltungen inhaltliche Unterstützung und Orientierung geben, sondern auch offensiv mit der Resolution nach Außen gehen, in die Auseinandersetzungen eingreifen.

Der Antrag zum aktionsorientierten Forderungsprogramm hat einen anderen Charakter: Darin werden zunächst organisationspolitische Überlegungen mit inhaltlichen Überlegungen zu Schwerpunkten unserer Arbeit verbunden. Hier ist also vor allem die Partei insgesamt und sind - bei der Umsetzung beschlossener DKP-Politik - die Bezirke, Kreise und unserer Grundorganisationen gefordert, mit diesem Programm die eigenen Arbeitsaufgaben weiterzuentwickeln.

Es war auf vielen Mitgliederversammlungen zudem erlebbar, dass viele Genossinnen und Genossen angesichts der Vielfalt kursierender Papiere und Vorwürfe über den weiteren Weg der Partei verunsichert sind.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Es wird – für alle ersichtlich – einen Konflikt auf dem Parteitag geben. Und der lautet: Wie soll weiter mit den Thesen des Sekretariats umgegangen werden?

In mehreren Anträgen wird gefordert - und diese Position erscheint mir klug - einen langfristigen Diskussionsprozess zu den Thesen zu organisieren, in dem unterschiedliche Meinungen gegeneinander gestellt werden, miteinander debattiert wird und Folgerungen nicht vorschnell festgeschrieben werden. Mehrfach wird deutlich, dass eine von Respekt und gegenseitiger Achtung getragene Debatte gewünscht wird.

Andere fordern dagegen die Verurteilung der Thesen durch den Parteitag und wollen über Inhalte auch künftig nicht debattieren. Wieder andere fordern – wie auf der LMV in Berlin am 20. Juni -, niemanden zu wählen, der die Thesen geschrieben, ihnen zugestimmt oder sie nicht verurteilt habe - also de facto die überwiegende Mehrheit des bisherigen Parteivorstandes. Die eigene Berliner Politik wurde auf der Landesmitgliederversammlung übrigens nur durch ganz Wenige kritisch hinterfragt.

Es gibt zudem neu einen Brief einer Delegiertenberatung der ostdeutschen Bundesländer in Leipzig, zu der wir nicht eingeladen wurden und also auch nicht mitdiskutieren konnten. Mir wurden bei einem Telefongespräch mit einem Genossen aus Leipzig die Information verweigert, wer zu dieser Beratung eingeladen hat. Den Brief findet Ihr in der Information.

Nun können sich Genossinnen und Genossen natürlich treffen, sich austauschen und miteinander beraten. Doch hier ging es um eine „Delegiertenberatung“.

Laut Statut der Partei ist allein der Parteivorstand für die Parteiorganisationen in allen Ländern zuständig, in denen keine Bezirks- oder Landesorganisationen existieren. Wer immer diese Delegiertenberatung einberufen hat, agierte bewusst gegen das politische Selbstverständnis der DKP und gegen die gewählte Leitung der Partei und wollte auch keine inhaltliche Debatte mit uns.

Ich meine, dass der Parteivorstand das nicht hinnehmen kann. Es geht dabei um Regeln der innerparteilichen Demokratie, die in unserem Statut festgeschrieben sind.

Wir werden im September die durch uns geplante Beratung mit den Delegierten aus Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen durchführen, dazu die Einladungen verschicken und damit diesen Delegierten die Möglichkeit zur umfassenden Diskussion über strittige Themen geben.

Es wird an uns, an der weiteren Vorbereitung des Parteitages und vor allem an den Delegierten liegen, ob wir auf dem Parteitag den politischen Herausforderungen gerecht werden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir sollten deshalb alle in der weiteren Vorbereitung des Parteitages und damit auch auf den Delegiertenberatungen dafür sorgen, dass auf unserem Parteitag die Politik und unsere Aufgaben in dieser Zeit im Mittelpunkt der Debatte stehen.

Über inhaltliche Differenzen sollten wir danach in Ruhe und mit mehr Gelassenheit streiten. Wir sollten dabei die Sorgen vieler Genossinnen und Genossen sehen und beachten. Auf der einen Seite geht es um den Erhalt der Partei, aber zugleich um ihre weltanschaulichen und politischen Grundlagen, um die in der Geschichte gewonnenen Erfahrungen, um unser Ansehen in gesellschaftlichen Bewegungen, die wir nicht aufgeben dürfen.

Kritik an Personen muss auch auf dem Parteitag mit diesen Erfahrungen, mit politischen Herausforderungen und der Diskussion um konkrete Inhalte und Ziele verbunden werden, muss sachlich und mit Respekt vor der Person erfolgen.

Ich bin gespannt, aber zugleich - nach den Diskussionen auf der Mehrheit der Bezirkskonferenzen, auf denen viele Genossinnen und Genossen über vielfältige Erfahrungen der betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfe, über Bündniserfahrungen und die konkrete Arbeit ihrer Parteigliederungen - auch optimistisch, dass die Delegierten diese politische Verantwortung wahrnehmen werden.

Nur dann und wenn wir stärker nach außen gehen, aktiver werden, werden wir als Partei auch die politischen Möglichkeiten und Chancen nutzen können, die sich in der gegenwärtigen Situation ergeben.

## **12. Tagung des Parteivorstands der DKP** **28./29. August 2010, Essen**

---

### **Beschlüsse der 12. Parteivorstandstagung der DKP**

#### **Zur weiteren Vorbereitung des 19. Parteitages**

Dem Parteivorstand lagen umfangreiche schriftliche Vorlagen und Vorschläge vor, die einzeln beraten und beschlossen wurden. Dabei ging es um:

1. Die Regularien für den Parteitag als Vorschläge  
Es handelt sich um:
  - den Vorschlag für die Geschäftsordnung
  - den Vorschlag für die Tagesordnung und den Zeitplan
  - den Vorschlag für die Wahlordnung
2. Der Parteivorstand beriet und beschloss die Arbeitsgremien für den 19. Parteitag, so
  - die Vorschläge für die Tagungsleitung
  - die Vorschläge für die Antragskommission
  - die Vorschläge für die Mandatsprüfungskommission
  - die Vorschläge für die Wahlkommission
3. Beraten und beschlossen wurde die Konzeption für das Referat auf dem 19. Parteitag.  
Das Referat wird von Genossin Bettina Jürgensen, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes, gehalten.
4. Der Vorschlag für die Strukturierung des Tätigkeitsberichtes des Parteitages der DKP an den 19. Parteitag für die Berichtsperiode von März 2008 bis September 2010 wurde ebenfalls ausführlich diskutiert und beschlossen. Der Bericht wird im Zusammenhang mit weiteren Unterlagen den Delegierten in der Zeit vom 15. bis 18. September übersandt.
5. Zu weiteren personellen Überlegungen: Der Parteivorstand beriet, wie auf der 11. Parteivorstandstagung beschlossen, weitere Vorschläge für den Parteivorstand und die Vorschläge für die Zentrale Schiedskommission.
  - Beschlossen wurde, die Zahl der zu wählenden Parteivorstandsmitglieder auf 34 zu erhöhen. Weitere Vorschläge sind:
    - Mario Berrios, Brandenburg, Landesvorsitzender der DKP Brandenburg, und
    - Renate Greupner, Rostock, Gruppenkassiererin.

Der Vorschlag für die Wahl der Zentralen Schiedskommission:

- Elfriede Haug, Ruhr-Westfalen
- Irène Lang, Rheinland-Westfalen
- Thomas Matthes, Hessen
- Falk Nobst, Brandenburg
- Hermann Sittner, Ruhr-Westfalen
- Klaus Wegner, Niedersachsen
- Bernd Wunder, Rheinland-Pfalz

wurde beschlossen und wird dem Parteitag zur Wahl vorgeschlagen.

6. Der Parteivorstand beschloss einen Antrag für die Durchführung einer Internationalen Konferenz: Der neu zu wählende Parteivorstand wird einen Terminvorschlag erarbeiten. Abgelehnt wurde der Terminvorschlag Pressefest.

Antrag an den 19. Parteitag

**Antragsteller/in: Parteivorstand**

Antrag:

Internationales Seminar „Klassenkämpfe unter den Bedingungen der Krise

In der Folge der Krise des Kapitalismus sind in vielen Ländern der Erde Klassenkämpfe aufgeflammt. Sie stehen überwiegen unter den Losungen der Demokratie. In ihnen wird deutlich: Kapitalismus steht gegen Humanität, Frieden und sozialistische Zukunft. In diesen Kämpfen werden Keimformen einer multipolaren Welt deutlich. Neue Formen der Durchsetzung eigener staatlicher und regionaler Interessen werden von Massenbewegungen und auch Staaten erprobt. Dagegen steht die aggressive Verteidigung imperialistischer Positionen, die sich in der Fortführung des „Krieges gegen den Terror“, in der Fortführung der Besetzung Afghanistans und des Irak und im Versuch, neue Staaten in die imperialistische Front zu integrieren, ausdrückt.

Deutlich wird: Die Völker wollen Veränderung. Um sich über Rolle der Kommunisten in diesen aktuellen Kämpfen zu verständigen, Informationen und Analysen auszutauschen, führt die DKP ein Internationales Seminar durch.

7. Beschlossen wurde, den 19. Parteitag unter der Losung „**Der Mensch geht vor Profit – Widerstand entwickeln – Kapitalismus überwinden**“ vorzubereiten und durchzuführen.
-

## **12. Tagung des Parteivorstands der DKP**

### **28./29. August 2010, Essen**

---

#### **(Vorbemerkung:**

**In Leipzig fand im August eine Beratung der Delegierten aus den ostdeutschen Ländern sowie Berlin und Brandenburg statt. Darüber wurde der Parteivorstand nicht informiert und auch nicht eingeladen. Ergebnis dieser Beratung war ein Brief (s. Anhang). In diesem wird eindeutig die Beratung als Delegiertenberatung deklariert. Der Parteivorstand musste sich auf seiner 12. Tagung mit dem Vorgang und dem Inhalt des Briefes beschäftigen und fasste folgenden Beschluss.)**

#### **Beschluss**

1. Aus den ostdeutschen Ländern, in denen keine Bezirksorganisationen existieren, werden jeweils drei Genossinnen und Genossen delegiert sein. Diese statutarische Regel soll den Aufbau der DKP im Osten fördern. Wenn diese Delegierten jetzt auf Initiative nicht bekannter Genossinnen und Genossen zu einer Beratung eingeladen wurden, widerspricht das nicht nur den innerparteilichen Regeln, dient vor allem der Formierung dieser Delegierten zur Nichtwahl der Vorschläge des Parteivorstandes für die stellvertretenden Vorsitzenden.  
Arbeitsaufträge für Delegierte erteilen die Mitglieder im jeweiligen Bundesland. Dafür gibt es ein Mandat. Es gibt kein Mandat zur Entgegennahme von Arbeitsaufträgen durch nicht legitimierte Gremien.
2. Der Parteivorstand wurde weder über das Zustandekommen der Beratung informiert und hatte entsprechend keine Möglichkeit, Argumente vorzutragen, noch wurden die betroffenen stellvertretenden Vorsitzenden eingeladen zu einer Aussprache, was selbstverständlich zu einer Debatte gehört. Der Genosse Mario Berrios war ursprünglich durch das Sekretariat für den Parteivorstand vorgeschlagen. Er hat zunächst abgelehnt. Es ist gut, wenn er jetzt offensichtlich seine Meinung korrigiert hat. Die Genossen Rainer Perschewski und Michael Größ haben keine ostdeutsche Biografie. Dieses Argument zur Begründung ihrer Kandidatur ist falsch.
3. Diese Beratung ist mit dem politischen Selbstverständnis der DKP und den Rechten des Parteivorstandes nicht vereinbar. Der Parteivorstand ist in der Pflicht, eine Delegiertenberatung mit jenen Delegierten durchzuführen, in denen es keine Bezirks- oder Landesorganisation gibt.  
Die Berliner und Brandenburger Landesorganisationen sind für die Delegierten ihrer Bundesländer verantwortlich. Die Initiatoren kennen diese Regelung ebenso wie die Verantwortlichen in Berlin und Brandenburg. Dieses Treffen war offensichtlich als Provokation von den Initiatoren geplant. Objektiv soll es einen konstruktiven Parteitag erschweren oder gar verhindern.
4. Der Parteivorstand verurteilt diese Provokation. Der Parteivorstand weist dieses Herangehen zurück und wird alles dafür tun, dass die bisher mit großer Mehrheit im Parteivorstand beschlossenen Positionen auf dem Parteitag Mehrheiten erhalten. Wir kämpfen dafür, dass die Grundsätze innerparteilicher Demokratie wieder in der Gesamtpartei gelten.
5. Der Parteivorstand lädt die Delegierten aus Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen zu einer Beratung am 25. September ein. Dort wird über die Vorbereitung des Parteitages informiert, Dokumente des Parteitages werden ausgegeben und es wird über organisatorische Fragen diskutiert und entschieden.

Delegierte ostdeutscher Landesverbände  
und Gruppen zum 19. Parteitag der DKP  
c/o Klaus Hesse  
Hinrichsenstraße 25  
04105 Leipzig

### Einschreiben

Deutsche Kommunistische Partei  
Parteivorstand  
Genossen Heinz Stehr

Hoffnungstraße 18  
45127 Essen

Leipzig/Berlin, 23. August 2010

Lieber Genosse Heinz Stehr,

die Unterzeichner, die zum 10. Parteitag der DKP gewählten Delegierten von Landesverbänden und Gruppen Ostdeutschlands, übergeben Dir diesen Brief mit der Bitte, seinen Inhalt den Mitgliedern des Parteivorstands bekannt zu geben.

Die Delegierten beurteilen den auf der auf der 11. Tagung des Parteivorstands beschlossenen Personalvorschlag für den neuen Parteivorstand übereinstimmend als unzureichend und für die Verhältnisse in der Partei als nicht repräsentativ. Mitglieder von Landesverbänden und Gruppen Ostdeutschlands sind in diesem Vorschlag deutlich unterrepräsentiert. Bei den in der Partei gegebenen Bedingungen werden damit die Möglichkeiten, die Kräfte zusammenzuführen, verschlechtert. Er begünstigt eine Führungstätigkeit, die die politischen und sozialen Bedingungen in Ostdeutschland vernachlässigt, ebenso wie die Belange und Positionen der DKP-Mitglieder Ostdeutschlands.

Die Unterzeichner fordern und beantragen hiermit, daß der Parteivorstand auf seiner 12. Tagung den Personalvorschlag unter den genannten Aspekten noch einmal berät und ihn entsprechend korrigiert bzw. ergänzt.

Die Delegierten der ostdeutschen Landesverbände und Gruppen bitten in Abstimmung mit den betreffenden Vorständen, die folgenden Genossen in den Vorschlag für die Wahl des Parteivorstands aufzunehmen:

Toni Köhler-Terz  
Matthias Kramer  
Mario Berrios  
Detlef Krüger  
Rainer Perschewski  
Michael Grüß

Thüringen  
Sachsen-Anhalt  
Brandenburg  
Brandenburg  
Berlin  
Berlin.

Die genannten Genossen haben ihre Bereitschaft erklärt, für den Parteivorstand zu kandidieren

Die unterzeichnenden Delegierten der ostdeutschen Landesverbände und Gruppen sprechen sich in diesem Zusammenhang gegen die Aufnahme der Genossin Nina Hager und des Genossen Leonhard Mayer in den Vorschlag zur Wahl des neuen Parteivorstands aus.

Diese Auffassung wird mehrheitlich damit begründet, daß beide Genossen im Sekretariat des Parteivorstands die Hauptverantwortung für den Inhalt und für die Veröffentlichung der „Politischen Thesen des Sekretariats des Parteivorstands“ tragen, mit denen der marxistisch-leninistische Charakter der Partei in Frage gestellt und ihr kommunistisches Profil aufgegeben wird.

Beide Genossen besitzen unter vielen Mitgliedern der Parteiorganisationen Ostdeutschlands nicht mehr das Vertrauen, um zentrale Führungsfunktionen wahrnehmen zu können.

Mit sozialistischem Gruß

Die Delegierten zum 19. Parteitag der DKP:

gez. Stefanie König-Mihm	Mecklenburg-Vorpommern
gez. Mario Berrios	Brandenburg
gez. Ulla Ermen	Brandenburg
gez. Detlef Krüger	Brandenburg
gez. Anton Latzow	Brandenburg
gez. Erika Baum	Berlin
gez. Sven George	Berlin
gez. Michael Grüs	Berlin
gez. Karin Mack	Berlin
gez. Rainer Perschewski	Berlin
gez. Wera Richter	Berlin
gez. Andreas Händler	Sachsen-Anhalt
gez. Matthias Kramer	Sachsen-Anhalt
gez. Ingo Weber	Sachsen-Anhalt
gez. Klaus Hesse	Sachsen
gez. Andreas Koch	Sachsen
gez. Marina Stroisch	Sachsen
gez. Toni Köhler-Terz	Thüringen
gez. T. Koppenhagen	Thüringen
gez. René Köhler	Thüringen

---